



Gemeinderat

Einladung

zur **Gemeindeversammlung** vom
Mittwoch, 1. Dezember 2010, 20.00 Uhr,
in der Aula des Schulhauses Ermensee.

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Wir laden Sie freundlich ein, an der Gemeindeversammlung vom 1. Dezember 2010 teilzunehmen. Es stehen folgende Traktanden zur Diskussion:

TRAKTANDEN

1. Kenntnisnahmen
 - 1.1. Jahresprogramm 2011
 - 1.2. Finanz- und Aufgabenplan 2011-2017
 - 1.3. Leitbildmassnahmen
 - 1.4. Bericht der Planungskommission
2. Budget 2011 der Einwohnergemeinde
 - 2.1. Genehmigung des Voranschlages 2011
 - a) der Laufenden Rechnung
 - b) der Investitionsrechnung
 - 2.2. Festsetzung des Steuerfusses 2011 auf 2.00 Einheiten (wie bisher)
 - 2.3. Ermächtigung des Gemeinderates zur Aufnahme von Fremdkapitalien zur Deckung des Finanzierungsfehlbetrages gemäss Voranschlag
3. Genehmigung des Strassenreglements der Gemeinde Ermensee
4. Genehmigung des Reglements der Wasserversorgung der Gemeinde Ermensee
5. Informationen
Gemeindeverband Abwasserreinigung Hitzkirchertal (ARA) (Referent: Hanspeter Schmid, Präsident)
6. Verschiedenes

Orientierungen der Parteien

CVP Ermensee, Montag, 22. November 2010, 20.00 Uhr, im Restaurant Löwen

FDP Ermensee, Donnerstag, 18. November 2010, 20.00 Uhr, im Restaurant Löwen

Aktenauflage, Stimmrecht und Stimmregister

Die Akten und Unterlagen zu den traktandierten Geschäften sowie das Stimmregister liegen auf der Gemeindekanzlei zur öffentlichen Einsichtnahme auf.

An der Gemeindeversammlung stimmberechtigt ist, wer stimmfähig ist und spätestens am 5. Tage vor der Gemeindeversammlung seinen politischen Wohnsitz in Ermensee begründet hat.

Jeder Haushaltung wird eine Botschaft zugestellt. Weitere Exemplare liegen auf der Gemeindekanzlei zum freien Bezüge auf.

6294 Ermensee, 18. Oktober 2010

GEMEINDERAT ERMENSEE

Kontrollbericht des Regierungsstatthalters

vom 1. Februar 2010

Der Regierungsstatthalter des Amtes Hochdorf hat geprüft, ob das Jahresprogramm, der Voranschlag 2010 und der Finanz- und Aufgabenplan mit dem übergeordneten Recht, insbesondere mit den Buchführungsvorschriften und den verlangten Finanzkennzahlen, vereinbar sind und ob die Gemeinde die Mindestanforderungen für eine gesunde Entwicklung des Finanzhaushalts erfüllt. Er hat gemäss Bericht vom 1. Februar 2010 **keine aufsichtrechtlich erheblichen Mängel festgestellt** (§ 106 GG).

Geschätzte Mitbürgerinnen
Geschätzte Mitbürger

Die vorliegende Botschaft für die Gemeindeversammlung unterscheidet sich nicht wesentlich von der Botschaft des letzten Jahres.

Das Budget 2011 ist nur noch in einem Zusammenzug abgedruckt. Die detaillierte Fassung können Sie unter www.ermensee.ch abrufen oder in der Gemeindeverwaltung einsehen. In einem weiteren Abschnitt finden sie die Aufstellung des Finanz- und Aufgabenplanes, sowie die Finanzkennzahlen nach den kantonalen Vorschriften.

Im farbigen Teil finden sie die Leitbildsätze mit den dazugehörigen Massnahmen für die Jahre 2010 bis 2016 und den geschätzten finanziellen Aufwand und Ertrag, der wiederum in der Laufenden Rechnung oder der Investitionsrechnung zugeteilt ist. Das Legislaturprogramm für die Jahre 2010 bis 2012 ist gelb hinterlegt.

Anschliessend folgen die Erläuterungen zu den übrigen Traktanden.

Das Erstellen vom Budget 2011 war von vielen unbekannten Faktoren begleitet. Mit der Steuergesetzrevision 2011 werden vor allem die Familien entlastet. Gemäss Schätzung des kantonalen Steueramtes muss die Gemeinde Ermensee mit einem Minderertrag von ca. Fr. 90 000.-- rechnen. Wir hoffen, dass der Abschluss der Ortsplanung ein Wachstum auslöst und damit zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden können. Das neue Pflegefinanzierungsgesetz tritt 2011 in Kraft. Die Auswirkungen können auch noch nicht genau beziffert werden. Gemäss Schätzungen muss unsere Gemeinde mit neuen Ausgaben von ca. Fr. 141 900.-- rechnen.

Der Gemeinderat war bemüht, das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen, aber gleichzeitig Investitionen, die für eine attraktive Gemeinde notwendig sind einzuplanen. Trotz verschiedenen Sparmassnahmen kann der Gemeinderat kein ausgeglichenes Budget vorlegen. Nachdem wir in den letzten Jahren Schulden abgebaut und das Eigenkapital erhöht haben, ist der Gemeinderat der Ansicht, dass ein Mehraufwand von Fr. 131 661.-- verantwortet werden kann. Das Pro-Kopf Vermögen von Ermensee betrug nach Abschluss der Rechnung 2009 Fr. 601.--. Der kantonale Durchschnitt liegt bei einer Pro-Kopf Verschuldung von Fr. 2153.--.

Der Gemeinderat dankt für das in ihn gesetzte Vertrauen. Er verfolgt die finanzielle Entwicklung wachsam um langfristig die Finanzen der Gemeinde Ermensee im Lot zuhalten. Er ist offen für Wünsche und Anregungen, um gute Lösungen für die Zukunft der Gemeinde Ermensee zu finden.

Charles Kuhn
Gemeindepräsident

Formular 0a: Planungsgrößen und Ausgangslage Bestandesrechnung

Gemeinde	<input type="text" value="Ermensee"/>	Ausgangsdaten Budget - Budget ?	<input type="text" value="ja"/>
Kanton	<input type="text" value="Luzern"/>		
Ständige Wohnbevölkerung Ende Rechnungsjahr 2009	<input type="text" value="823"/>	1. Finanzplanjahr	<input type="text" value="2012"/>
Kantonales Mittel der Nettoschuld pro Einw ohner Ende 2009	<input type="text" value="2'200"/>	Letzte Rechnung	2009
		Aktuelles Budget	2010
		Geplantes neues Budget	2011
Anteil Lehrkräfte am Personalaufw and (c	<input type="text" value="57%"/>		
Verw endung Rechnungsüberschüsse für zusätzliche Abschreibungen	<input type="text" value="nein"/>		

Eingabe Einflussfaktoren / Plangrößen	Budget : Budget		Finanzplanjahre					
	2010:	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Δ Personalaufw and Verw altung/Betrieb			1.50%	1.50%	1.50%	1.50%	1.50%	1.50%
Δ Personalaufw and Lehrkräfte			1.50%	1.50%	1.50%	1.50%	1.50%	1.50%
Teuerung Sachaufw and / Entgelte			1.20%	1.20%	1.20%	1.20%	1.20%	1.20%
Steuerfuss	2.00:	2.00	2.00	2.00	2.10	2.10	2.10	2.10
Wachstum der Ø Steuerkraft			3.00%	3.00%	3.00%	3.00%	3.00%	3.00%
Entschäd./Rückerst. Gemeinw esen (Kto 35,45)			1.20%	1.00%	1.20%	1.00%	1.20%	1.00%
Eigene & Beitr. f. eigene Rechnung (Kto 36,46)			1.20%	1.00%	1.20%	1.00%	1.20%	1.00%
Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung	1.00%:	1.00%	1.50%	1.50%	1.50%	1.50%	1.50%	1.50%
Ständige Wohnbevölkerung Ende Jahr	831:	840	852	865	878	891	904	918
Zinssätze (für Neukredite)		2.50%	2.50%	2.50%	2.50%	3.50%	3.50%	3.50%

Bestandesrechnung Ende des Rechnungsjahres 2009

in 1'000 Franken

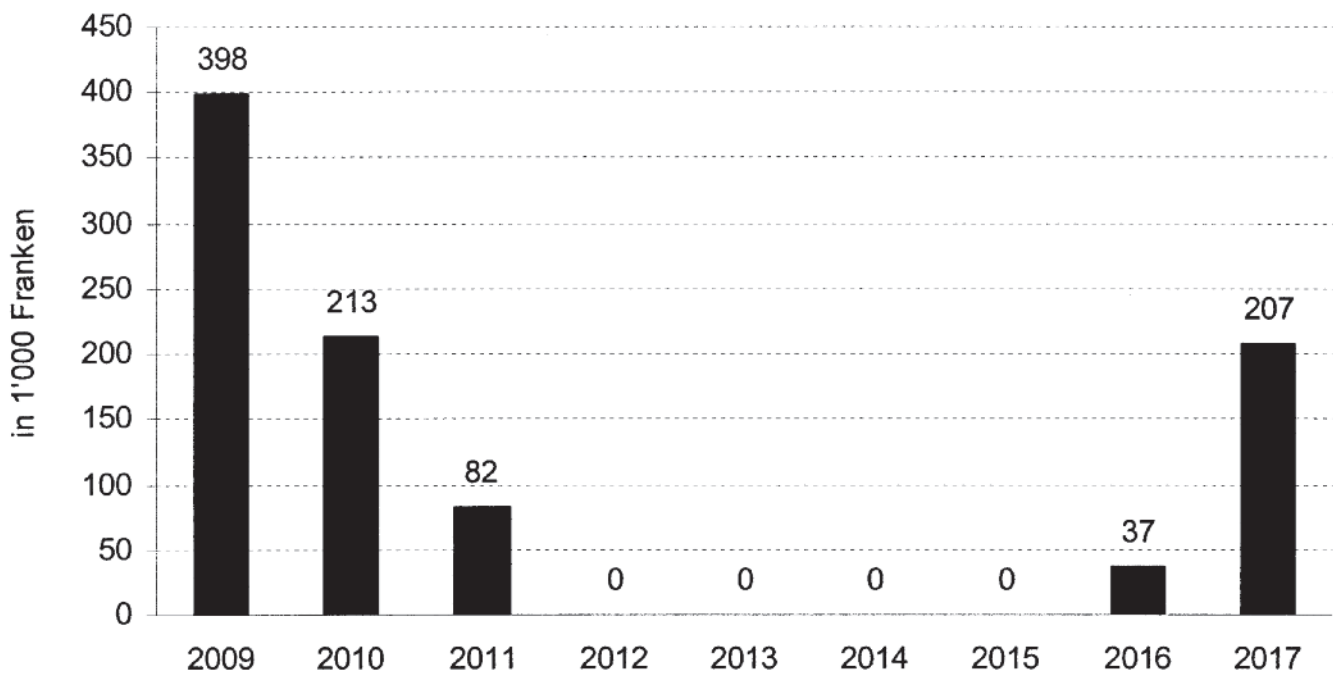
1 Aktiven	5'438	2 Passiven	5'438
10 Finanzvermögen	4'136	20 Fremdkapital	3'641
11 Verwaltungsvermögen	1'302	200 Laufende Verpflichtungen	1'534
114 Sachgüter	1'021	201 Kurzfristige Schulden	
115 Darlehen und Beteiligungen		202 Langfristige Schulden	1'500
116 Investitionsbeiträge	175	203 Verpflicht. für Sonderrechnungen	280
117 Übrige aktivierte Ausgaben	106	204 Rückstellungen	
12 Spezialfinanzierungen		205 Transitorische Passiven	327
13 Bilanzfehlbetrag		22 Spezialfinanzierungen	1'399
		2280 Verpflicht. an Spezialfinanz.	1'067
		2282 Spezialfonds	212
		2285 Vorfinanzierungen	120
		23 Kapital	398

Budget der Investitionsrechnung des Jahres 2010

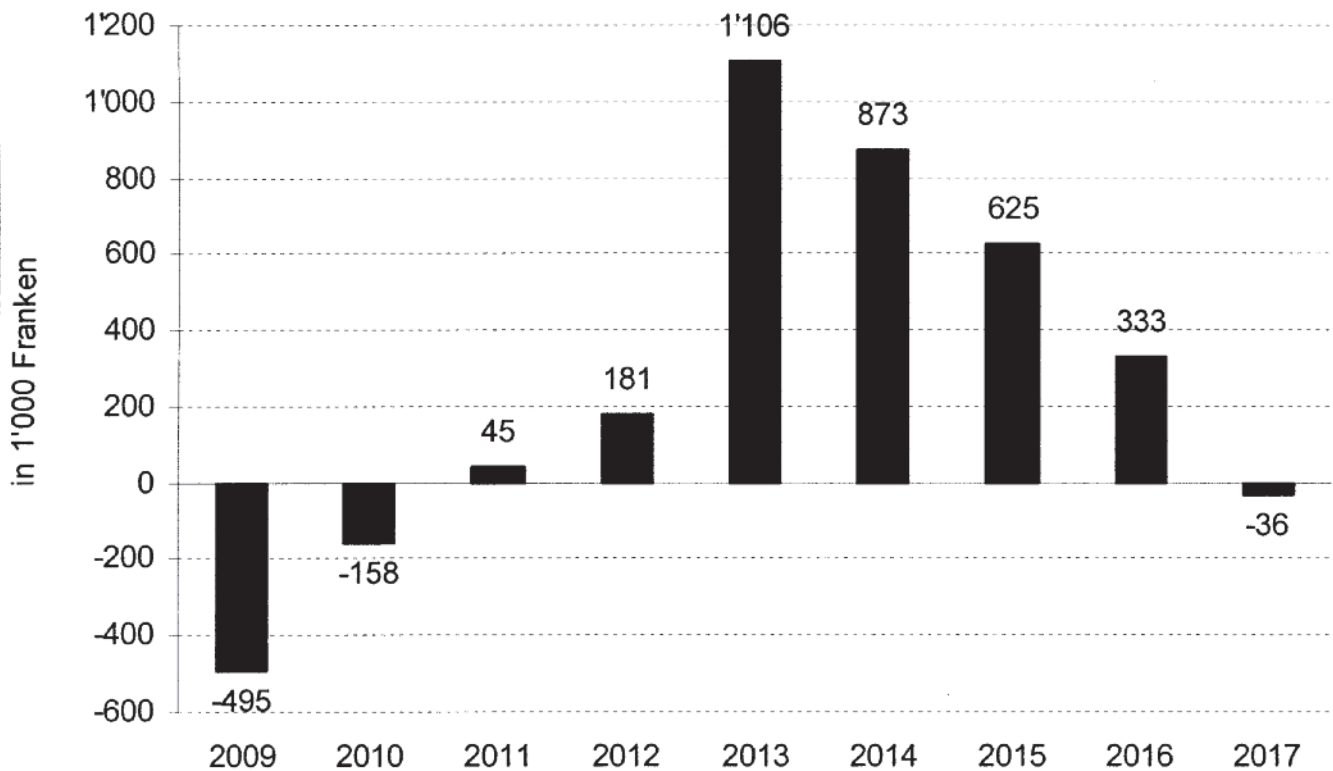
in 1'000 Franken

5 Investitionsausgaben	<input type="text" value="326"/>	6 Investitionseinnahmen	<input type="text" value="80"/>
		Nettoinvestitionen	<input type="text" value="246"/>

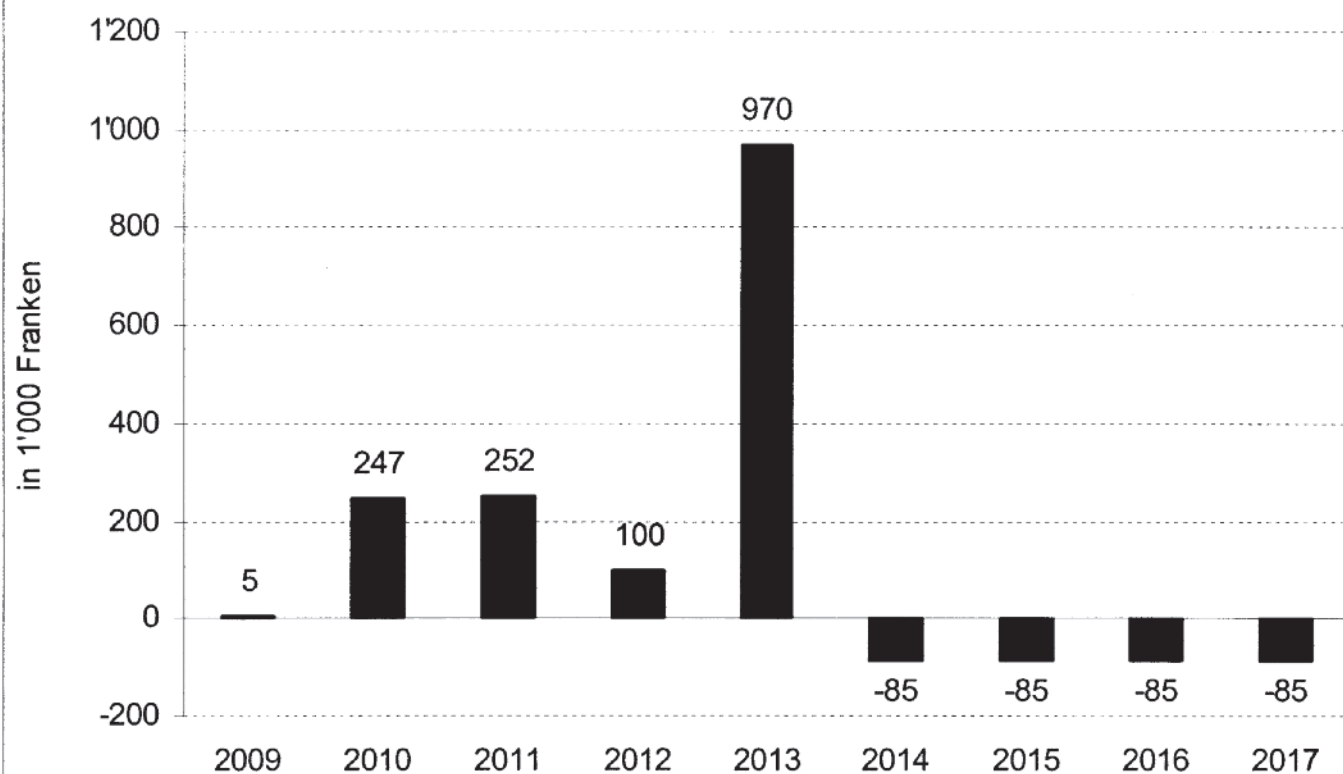
Eigenkapital Ende Jahr (nach Abschluss)



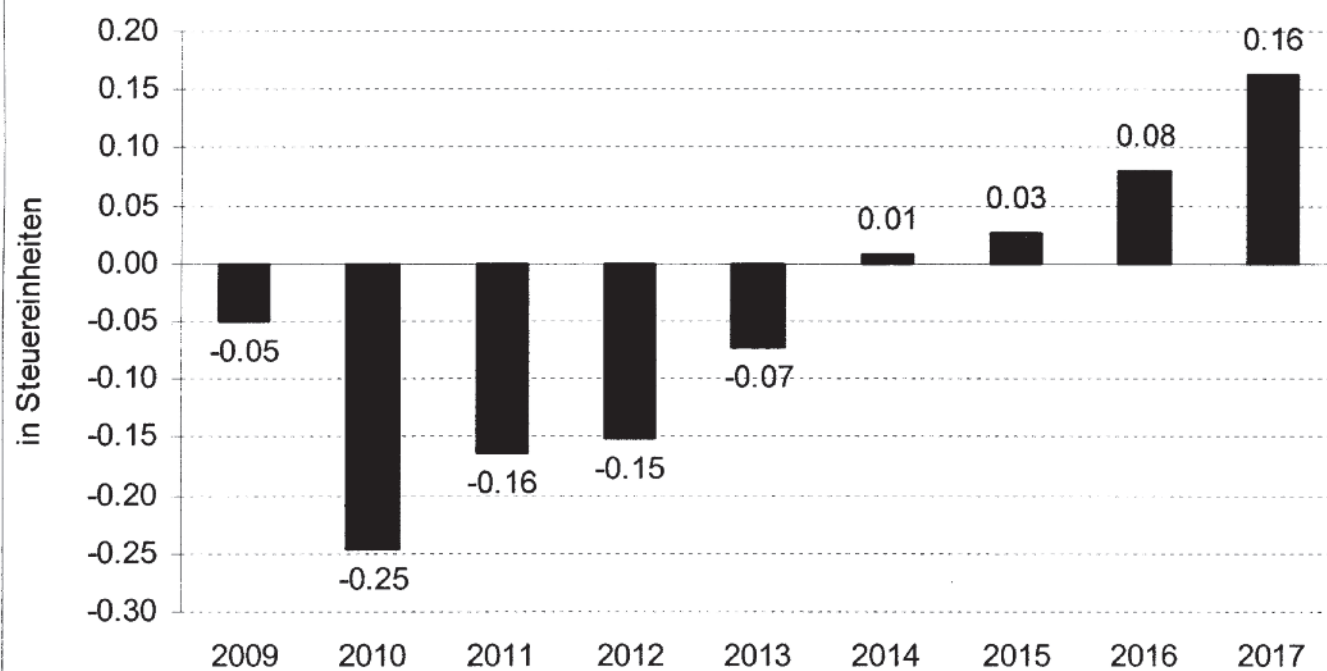
Nettoverschuldung Ende Jahr



Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen



Ergebnis Laufende Rechnung in Steuereinheiten



Bemerkungen Budget 2011

Laufende Rechnung

Sehr geehrte Ermenseerinnen und Ermenseer

Das Budget 2011 weist einen Aufwandüberschuss von 131'661 Franken aus. Dazu tragen folgende Budgetposten bei.

011	Gemeindeversammlung
300	2011 ist ein eidgenössisches/kantonales Wahljahr. Hier wird speziell das Urnenbüro Mehrarbeit leisten müssen, wofür 5'250 Franken budgetiert sind.
310	Das durch die Gemeinde zu versendende Stimmmaterial ist entsprechend umfangreicher.
020	Gemeindeverwaltung
310	Das Gemeindeblatt „Ermensee aktuell“ stösst auf grosses Interesse. Die damit verbundenen Kosten müssen um gut 3'000 auf 12'000 Franken aufgestockt werden. 6'000 Franken sind wie üblich für Büromaterial budgetiert. Neu sollen sich Vereine und Gewerbebetriebe vorstellen können, womit für die Gemeindebürger zusätzlicher Nutzen entsteht. «Ermensee aktuell» soll jedoch keine kommerzielle Werbung enthalten, sondern Einblick in das vielseitige und oft nur wenig bekannte Schaffen in Vereinen und Betrieben geben.
318.03	Die Baukontrolle wird neu vom Ingenieurbüro Ammann & Wyss ausgeführt. Dafür sind 10'000 Franken veranschlagt. Für den Berater der Gemeindebuchhaltung sind wie üblich 2'000 Franken budgetiert.
436	Die Kosten der Baukontrolle werden durch die Bauherren zurückerstattet.
091	AULA/MZH
311	Der Gemeinderat hat auf vielseitigen Wunsch der Veranstalter beschlossen, den Herd in der Aula zu ersetzen und gleichzeitig ein leistungsfähiges Dampfabzugssystem einzubauen. Gemäss Offerten belaufen sich die Kosten auf ca. 20'000 Franken.
100	Vormundschaftswesen
352	Für die laufend steigenden Dienstleistungen des SoBZ im Kinder- und Erwachsenenschutz müssen gemäss Kostenverteiler 6350 Franken budgetiert werden.
217	Schulliegenschaft
318.08	Die geplante Gesamtanierung des Schulhauses ab dem Jahr 2013 beschränkt den baulichen Unterhalt auf ein Minimum. Gleichzeitig sind für das Konzept 20'000 Franken vorgesehen.
300	Kulturförderung
318.09	Der Gemeinderat organisiert neu alle zwei Jahre eine Jungbürgerfeier, wofür alle zwei Jahre 1'600 Franken budgetiert werden. Bisher kostete die gemeinsame Feier mit den anderen Gemeinden 800 Franken jährlich.
310	Denkmalpflege
318.03	Aufgrund der zunehmenden Bautätigkeit im alten Dorfteil ist mit höheren Kosten für die Bauberatung zu rechnen, die mit 18'500 Franken budgetiert sind.
340	Sport
311	Verschiedene Sportgeräte in der Halle (z.B. Kletterseile) müssen aus Sicherheitsgründen ersetzt werden. Dafür sind 6'000 Franken veranschlagt.
540	Jugendschutz
318	Der Gemeinderat hat mit dem Verein Kinderbetreuung Seetal einen Vertrag abgeschlossen. Die Gemeinde muss neu einen Teil der Betreuungskosten für Kinder übernehmen. Dafür sind 3'200 Franken veranschlagt.
580	Allgemeine Fürsorge
362	Nach 16 Jahren Lösungssuche für die Umsetzung der Finanzierung der stationären Pflege tritt Anfang 2011 die Neue Pflegefinanzierung in Kraft. Neu verteilt sich die Finanzierung auf drei Partner: Bewohner, Versicherer und Gemeinde. Für diesen Rest- bzw. Pflegefinanzierungsbeitrag müssen 142'000 Franken budgetiert werden. Durch die Vollkostenrechnung fallen in Zukunft die Investitionskosten an die Bauten des AWH weg, die Abschreibungen für die getätigten Investitionen laufen weiter.

620	Oeffentliche Strassen
314	Das Bauamt hat den Strassenzustand erfasst und ein Sanierungsprogramm über mehrere Jahre für alle Gemeindestrassen erstellt. Die Käsestrasse ist dringend sanierungsbedürftig (Netzzisse flächendeckend, Belagsschäden). Dafür sind gemäss Offerten 45'000 budgetiert.
365	Für die Erneuerung der Weinstrasse ab Kreuzung Lüpold (neu Betonspuren) sind 43'400 Franken budgetiert. Zusammen mit dem jährlichen Beitrag an die Unterhaltsgenossenschaft von 21'100 Franken ergibt sich ein Aufwand von 64'500 Franken.
705	Wasserversorgung
318.08	Die Verantwortlichen der Wasserversorgung bemühen sich, einwandfreies Wasser zu liefern. Es ist abzuklären, ob das Reservoir u.a. wegen der Löschwasserversorgung vergrössert werden muss und welche Kosten das verursachen würde. Dafür sind Planungskosten von 17'500 Franken vorgesehen. Der Wasserzins bleibt wie bisher bei günstigen 80 Rappen/m3.
715	Abwasserbeseitigung
314	Das Budget ist mit 10'000 Franken deutlich tiefer, weil vorläufig keine weiteren Sanierungen bei der Kanalisierung anstehen. Die vom Kanton verlangte Rückstellung beträgt 32'949 Franken. Sie ist abgedeckt durch die Konten 715.314, 715.315 (Baulicher Unterhalt, Unterhalt Maschinen und Pumpen) und einen Teil des Beitrags an den Zweckverband. Die Abwassergebühr bleibt bei günstigen 1.80 Franken/m3.
900	Gemeindesteuern
400.10	Im laufenden Jahr sind Steuererträge von 1,67 Millionen Franken zu erwarten. Aufgrund der Steuergesetzrevision 2011 ist jedoch bei den Einkommenssteuern natürlicher Personen mit einem Ertragsausfall von bis zu 100'000 Franken zu rechnen. Der Gemeinderat budgetiert deshalb vorsichtig optimistisch mit einem Ertrag von 1,6 Millionen Franken bei gleichbleibendem Steuerfuss von 2,0 Prozent.
400.20	In den vergangenen Jahren sind Nachträge von über 300'000 Franken eingegangen. Der Gemeinderat budgetiert mit 290'000 Franken.
901	Andere Steuern
403.01	Aufgrund der anziehenden Bautätigkeit und der zu erwartenden Handänderungen budgetiert der Gemeinderat 120'000 Franken.
920	Finanzausgleich
	Der Ressourcenausgleich beträgt 389'873 Franken und der Lastenausgleich 186'069 Franken, total ergibt das 575'942 Franken. Das sind 14'542 Franken weniger als 2010. Nach der deutlichen Senkung in den letzten Jahren ist nun mit einer Konsolidierung des Finanzausgleichs zu rechnen.

Bemerkungen Budget 2011

Investitionsrechnung

210	Primarschule
310.02	Primarschulen haben ihren Bildungsauftrag wahrzunehmen und allen Schülern gleiche Chancen zu geben. Der Computer wird sowohl für Schüler als Lehrpersonen ein immer wichtigeres Arbeitsmittel. Neu soll jedes Schulzimmer einen Internetanschluss und einen PC erhalten. Für die Hard- und Software wie für die Vernetzung des Schulhauses sind 30'000 Franken budgetiert.
715	Abwasserbeseitigung
	Die ARA Moosmatten in Mosen wird umfassend saniert und dem neusten Stand der Abwassertechnik angepasst. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 3,34 Millionen Franken. Der Anteil der Gemeinde Ermensee beträgt gemäss Verteilschlüssel 275'000 Franken. Gebaut wird in drei Tranchen, wofür 2011 133'500 Franken budgetiert sind. Zudem schlägt die Sanierung des Hauptsammelkanals (HSK) Aesch mit 67'586 Franken zu Buche.

Antrag des Gemeinderates

Das Defizit beträgt voraussichtlich Fr. 131'661 Franken.

Der Gemeinderat Ermensee beantragt der Gemeindeversammlung:

1. Der Voranschlag 2011 der laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung sei zu genehmigen.
2. Der Steuerfuss von 2.00 Einheiten sei beizubehalten.
3. Der Gemeinderat sei zur Aufnahme von Fremdkapital zur Deckung des Finanzierungsfehlbetrages gemäss Voranschlag zu ermächtigen.

Funktionale Gliederung		Voranschlag 2011		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
Zusammenfassung		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
0	ALLGEMEINE VERWALTUNG	548'735	79'100	548'779	79'700	560'685.20	91'483.90
011	Gemeindeversammlung	17'950	0	12'700	0	17'295.25	0.00
012	Gemeinderat	123'090	1'000	125'630	1'000	123'478.15	1'000.00
020	Gemeindeverwaltung	325'480	63'100	319'644	66'700	329'695.90	72'680.30
090	Verwaltungsgebäude	13'845	0	11'305	0	28'529.95	903.10
091	AULA/MZH	68'370	15'000	79'500	12'000	61'685.95	16'900.50
1	ÖFFENTLICHE SICHERHEIT	70'925	58'700	66'960	51'700	67'331.20	58'911.40
100	Vormundschaftswesen	6'350	0	3'460	0	7'034.80	733.00
101	Betreibungsamt	5'000	0	5'000	0	6'392.00	0.00
103	Grundbuch-, Vermessungs-, Katasterwesen	1'155	0	705	0	1'094.85	-3'350.00
106	Bürgerrechtswesen	1'200	1'000	0	0	1'680.00	3'600.00
120	Friedensrichteramt	0	0	375	0	300.00	0.00
140	Feuerwehr	44'000	51'000	44'000	45'000	35'297.85	47'552.95
151	Schiesswesen	600	0	600	0	1'110.00	0.00
160	Zivilschutz	12'620	6'700	12'820	6'700	14'421.70	10'375.45
2	BILDUNG	1'560'175	473'850	1'672'787	485'715	1'771'146.15	561'314.10
200	Kindergarten	94'800	53'748	89'650	43'350	88'597.60	42'077.00
210	Primarschule	581'415	303'565	594'450	324'000	671'448.25	414'652.70
211	Kleinklassen	0	0	0	0	67'913.00	0.00
213	Sekundarstufe 1	410'000	116'538	537'682	117'645	469'372.55	100'182.00
215	Regionale Musikschule	38'430	0	38'000	0	58'478.65	0.00
216	Schulische Dienste	51'000	0	51'000	0	45'821.20	0.00
217	Schulliegenschaften	157'335	0	134'605	0	156'795.65	4'402.40
218	Schulverwaltung + Schulleitung	54'165	0	50'880	0	53'228.95	0.00
219	Volksschule Übriges	9'530	0	9'520	720	6'956.80	0.00
220	Sonderschulung	62'000	0	87'000	0	82'533.50	0.00
250	Kantonsschule	101'500	0	80'000	0	70'000.00	0.00
3	KULTUR / FREIZEIT	74'854	34'404	50'024	26'824	94'391.78	40'386.15
300	Kulturförderung	8'600	0	7'800	0	7'629.00	0.00
310	Denkmalpflege	18'500	0	10'200	0	26'956.75	0.00
330	Parkanlagen, Wanderwege	500	0	500	0	2'125.05	0.00
340	Sport	12'850	0	6'000	1'300	18'744.83	1'450.00
395	Kapellenstiftung	34'404	34'404	25'524	25'524	38'936.15	38'936.15
4	GESUNDHEIT	40'750	0	38'095	0	38'713.05	0.00
440	Krankenpflege	37'400	0	36'745	0	33'547.45	0.00
460	Schulgesundheitsdienst	3'350	0	1'350	0	5'165.60	0.00
5	SOZIALE WOHLFAHRT	838'555	42'400	703'978	41'400	644'719.50	45'844.20
500	AHV	0	0	0	0	0.00	0.00
501	AHV-Zweigstelle	8'120	2'400	8'120	2'400	8'120.00	2'329.00
520	Krankenversicherung	93'974	14'000	95'810	12'000	90'689.00	13'449.50
530	Ergänzungsleistungen AHV/IV	245'752	0	238'300	0	221'648.00	0.00
531	Familienausgleichskasse	2'630	0	2'600	0	0.00	0.00
540	Jugendschutz	3'200	0	0	0	0.00	0.00
570	Altersheime	21'618	0	21'888	0	21'888.05	0.00
580	Allgemeine Fürsorge	312'961	0	174'020	0	161'005.60	0.00
581	Gesetzliche Fürsorge	40'000	0	58'000	1'000	32'719.25	0.00
582	Alimenteninkasso	74'000	26'000	74'000	26'000	78'520.70	30'065.70
583	Sozialdienst	36'300	0	31'240	0	30'128.90	0.00
6	VERKEHR	269'300	30'000	187'800	29'000	247'796.75	29'924.00
620	Öffentliche Strassen	116'150	30'000	43'450	29'000	57'951.30	29'924.00
621	Schnee- und Glatteisbekämpfung	12'500	0	8'200	0	15'137.15	0.00
622	Strassenbeleuchtung	7'200	0	6'900	0	10'095.30	0.00

Funktionale Gliederung		Voranschlag 2011		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
Zusammenfassung		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
650	Regionalverkehr	133'450	0	129'250	0	164'613.00	0.00
7	UMWELT UND RAUMORDNUNG	595'868	559'598	259'067	212'277	282'752.10	227'102.50
705	Wasserversorgung (Spezialfinanzierung)	216'646	216'646	63'300	63'300	67'067.65	67'067.65
712	Seesanierung	6'800	0	6'800	0	6'762.50	0.00
715	Abwasserbeseitigung (Spezialfinanzierung)	316'032	316'032	123'627	123'627	106'151.35	106'151.35
725	Abfallbeseitigung (Spezialfinanzierung)	26'920	26'920	25'350	25'350	26'832.30	26'832.30
740	Bestattungswesen	13'000	0	16'890	0	12'757.15	0.00
770	Naturschutz	3'570	0	3'000	0	3'568.00	0.00
780	Übriger Umweltschutz	2'500	0	1'800	0	7'292.55	0.00
790	Raumordnung	10'400	0	18'300	0	52'320.60	27'051.20
8	VOLKSWIRTSCHAFT	13'660	43'910	14'140	44'915	12'422.85	43'642.70
800	Landwirtschaft	5'320	0	5'290	0	4'853.70	0.00
810	Forstwirtschaft	140	0	140	0	138.00	0.00
812	Holzernte	1'000	0	1'000	0	240.00	0.00
820	Jagd	6'010	8'610	6'520	9'815	6'007.85	8'606.55
830	Tourismus	200	0	200	0	200.00	0.00
840	Industrie, Gewerbe und Handel	990	0	990	0	983.30	0.00
860	Energie	0	35'300	0	35'100	0.00	35'036.15
9	FINANZEN UND STEUERN	208'963	2'768'162	210'491	2'780'590	415'277.27	3'036'626.90
900	Gemeindesteuern	17'650	1'965'100	23'000	1'782'900	18'931.24	1'871'417.00
901	Andere Steuern	500	217'620	500	196'220	29.55	246'216.70
920	Finanzausgleich	0	575'942	0	590'484	0.00	503'249.00
940	Kapital- und Zinsendienst	93'616	5'650	94'888	6'282	97'255.02	9'508.70
941	Liegenschaften des Finanzvermögens	850	3'850	850	3'850	3'110.00	394'250.00
942	Bahnhöflistrasse 7	0	0	0	0	0.00	0.00
990	Abschreibungen	96'347	0	91'253	15'806	197'988.55	0.00
994	Spezialfonds	0	0	0	0	0.00	11'985.50
999	Abschluss	0	0	0	185'048	97'962.91	0.00
Total		4'221'785	4'090'124	3'752'121	3'752'121	4'135'235.85	4'135'235.85
Ertragsüberschuss			131'661				
Aufwandüberschuss							
Total		4'221'785	4'221'785	3'752'121	3'752'121	4'135'235.85	4'135'235.85

Voranschlag der Investitionsrechnung mit Kontrolle über Sonderkredite

Kontid	Bezeichnung	Datum des Beschlusses	Brutto-kredit	voraussichtlich beansprucht 31.12.2010	Voranschlag 2011		Kreditkontrolle		Bemerkungen
					Ausgaben	Einnahmen	voraussichtlich beansprucht 31.12.2011	noch verfügbar 01.01.2012	
210	Primarschule								
506	EDV-Anlage	01.12.2010	55'000.00		30'000.00		30'000.00	25'000.00	2. Etappe 2012, 3. Etappe 2013
705	Wasserversorgung								
501	Erschliessung Kirchfeld	26.05.2010	96'000.00		96'000.00				
610	Anschlussgebühren					35'000.00			
715	Abwasserbeseitigung								
	Sanierung ARA Moosmatten								
501	Gemeindeanteil	22.06.2009	275'010.00		133'500.00		133'500.00	141'510.00	2. Etappe 2012, 3. Etappe 2013
501	Sanierung HSK Aesch, Gemeindeanteil	22.06.2010	67'586.00		67'586.00				
610	Anschlussgebühren					40'000.00			
	Nettoinvestitionszunahme					252'086.00			
					327'086.00	75'000.00			

Ergebnis Finanzierung Mittelbedarf	Voranschlag 2011		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
	Aufwand Ausgaben	Ertrag Einnahmen	Aufwand Ausgaben	Ertrag Einnahmen	Aufwand Ausgaben	Ertrag Einnahmen
Ergebnisse						
Laufende Rechnung (LR)						
Total Aufwand / Ertrag	4'221'785	4'090'124	3'752'121	3'567'073	3'937'273	4'135'236
Ertragsüberschuss					197'963	
Aufwandüberschuss		131'661		185'048		
Investitionsrechnung (IR)						
Total Ausgaben / Einnahmen	327'086	75'000	326'717	80'000	116'981	111'635
Nettoinvestitions-Zunahme		252'086		246'717		5'346
Nettoinvestitions-Abnahme						
	Mittel- verwendung	Mittel- herkunft	Mittel- verwendung	Mittel- herkunft	Mittel- verwendung	Mittel- herkunft
Finanzierung						
Nettoinvestitions-Zunahme	252'086		246'717		5'346	
Nettoinvestitions-Abnahme						
Ertragsüberschuss LR				-		197'963
Aufwandüberschuss LR	131'661		185'048			
Abschreibungen (ohne DS 999)						
- auf Verwaltungsvermögen (331/332)		459'801		91'253		113'975
- auf Bilanzfehlbetrag (333)						
Einlagen (ohne DS 999)						
- in Spezialfinanzierungen (380)		58'940		7'438		73'691
- in Spezialfonds (384)		7'746		7'696		7'096
- in Vorfinanzierungen (385)						
Entnahmen						
- aus Spezialfinanzierungen (480)	347'086		11'193		16'621	
- aus Spezialfonds (484)						
- aus Vorfinanzierungen (485)						
Total Mittelverwendung/Mittelherkunft	730'833	526'487	442'958	106'387	21'967	392'725
Finanzierungsüberschuss					370'758	
Finanzierungsfehlbetrag		204'346		336'571		
(der Verwaltungsrechnung)						
Mittelbedarf / Mittelüberschuss						
Finanzierungsüberschuss		-		-		370'758
Finanzierungsfehlbetrag	204'346		336'571		-	
Mittelbedarf für Kreditrückzahlungen						
Veränderungen im Finanzvermögen						
- Neuanlagen						
- Auflösung von Anlagen (Buchwert)						
- Abschreibungen (ohne DS 999)						93'578
auf Finanzvermögen (330)		4'200		9'900		103'926
Total Mittelbedarf/Mittelüberschuss	204'346	4'200	336'571	9'900		568'262
Gesamter Mittelbedarf		200'146		326'671		-
Gesamter Mittelüberschuss	-		-		568'262	

3. Genehmigung des Strassenreglements der Gemeinde Ermensee

Das Kantonale Strassengesetz (StrG) regelt insbesondere den Bereich der Zuständigkeiten für die einzelnen Strassenkategorien klarer. Neben der klareren Zuweisung der Zuständigkeiten auf 5 Strassenkategorien nämlich:

- Nationalstrassen: zuständig: Bund
- Kantonsstrassen: zuständig: Kanton
- Gemeindestrassen: zuständig: Gemeinde
- Güterstrassen: zuständig: Strassengenossenschaft/Strasseneigentümer
- Privatstrassen: zuständig: Strassengenossenschaft/Strasseneigentümer

wird auch die Finanzierung neu geregelt.

Grundsätzlich gilt, dass die zuständigen Gemeinwesen/Strasseneigentümer für den Bau und den Unterhalt der Strasse aufkommen müssen. Das Strassengesetz sieht für die Gemeinden Möglichkeiten zur Erhebung und Leistung von Beiträgen vor. Die Gemeinde kann die Kosten für den Bau und Unterhalt von Gemeindestrassen im Perimeterverfahren ganz oder teilweise den Interessierten überbinden. Die Gemeinde leistet (zwingend) Beiträge an den Bau und Unterhalt von Güterstrassen. Sie kann Beiträge an den Bau von Privatstrassen leisten, sofern ein öffentliches Interesse besteht.

Der Erlass eines Strassenreglementes ist zwar nicht obligatorisch, nach der Beurteilung des Gemeinderates aber dringend erforderlich. Im Rahmen des Strassenreglementes werden die Beitragsfestsetzungen an den Bau und Unterhalt der Strassen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

Das vorliegende Strassenreglement baut auf das Musterreglement des Kantons. Das Strassenreglement wurde am 14. Oktober 2009 durch das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement vorgeprüft und vom Gemeinderat Ermensee an der Sitzung vom 23. November 2009 zu Handen der Stimmberechtigten verabschiedet.

Weshalb wird das Reglement erst ein Jahr später den Stimmberechtigten zur Abstimmung vorgelegt? Für die Gemeindeversammlung vom 30. November 2009 reichte die Zeit nicht mehr. Die Gemeindeversammlung vom 26. Mai 2010 war mit der Rechnungsablage und der Gesamtrevision der Ortsplanung ohnehin reich befrachtet.

Antrag des Gemeinderates

Das Strassenreglement der Gemeinde Ermensee sei zu genehmigen.



Strassenreglement

der Gemeinde Ermensee

vom

1. Dezember 2010

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Bestimmungen

- Art. 1 Geltungsbereich und Inhalt
- Art. 2 Zweck
- Art. 3 Erschliessungsrichtplan
- Art. 4 Kompetenzdelegation

II. Strassenkategorien und Klasseneinteilung

- Art. 5 Strassenkategorien
- Art. 6 Gemeindestrassen
- Art. 7 Güterstrassen

III. Bau und Unterhalt

- Art. 8 Begriffe
- Art. 9 Regeln der Strassenbautechnik
- Art. 10 Ausbaustandard
- Art. 11 Beleuchtung
- Art. 12 Werkleitungen und Schächte
- Art. 13 Verkehrsberuhigungsmassnahmen
- Art. 14 Reihenfolge und Umfang der Unterhaltsmassnahmen
- Art. 15 Übertragung von Aufgaben an die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke

IV. Finanzierung und Beiträge

- Art. 16 Grundeigentümerbeiträge an die Kosten für den Bau, den betrieblichen Unterhalt, die Erneuerung und den betrieblichen Unterhalt von Gemeindestrassen
- Art. 17 Grundeigentümerbeiträge an die Kosten für den Bau, den betrieblichen Unterhalt, die Erneuerung und den betrieblichen Unterhalt von Güterstrassen
- Art. 18 Herabsetzung oder Erlass der Grundeigentümerbeiträge an die Kosten für den Bau von Güterstrassen
- Art. 19 Gemeindebeiträge an die Kosten für den Bau, den baulichen Unterhalt, die Erneuerung und den betrieblichen Unterhalt von Privatstrassen

V. Gebühren für den gesteigerten Gemeindegebrauch und die Sondernutzung der Gemeindestrassen und der öffentlichen Güterstrassen

- Art. 20 Gebühren für den gesteigerten Gemeindegebrauch
- Art. 21 Gebühren für die Sondernutzung
- Art. 22 Verzicht und Befreiung

VI. Strassenpolizeiliche Vorschriften

- Art. 23 Abstände von neuen Bauten und Anlagen
- Art. 24 Bauten und Anlagen zwischen Baulinie und Strassengrenze
- Art. 25 Abstände von Einfriedungen und Mauern
- Art. 26 Lichtraumprofil
- Art. 27 Rückschnitt von Pflanzen
- Art. 28 Verschmutzung und Beschädigung der Strassen

VII. Schluss- und Übergangsbestimmungen

- Art. 29 Ausnahmen
- Art. 30 Hängige Verfahren
- Art. 31 Inkrafttreten

Strassenreglement

vom 1. Dezember 2010

Die Einwohnergemeinde Ermensee erlässt gestützt auf § 19 des Strassengesetzes (StrG) vom 21. März 1995 folgendes Strassenreglement:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Geltungsbereich und Inhalt

¹ Das Reglement gilt für das ganze Gemeindegebiet.

² Es enthält Vorschriften über die Strassenkategorien und die Klasseneinteilung, den Bau und den Unterhalt, die Finanzierung und die Beiträge, die Gebühren für den gesteigerten Gemeindegebrauch und die Sondernutzung sowie strassenpolizeiliche Vorschriften.

Art. 2 Zweck

Das Reglement bezweckt den Vollzug des Strassengesetzes.

Art. 3 Erschliessungsrichtplan (§ 49 StrG)

Der Gemeinderat erlässt den kommunalen Erschliessungsrichtplan gemäss § 40 des Planungs- und Baugesetzes (PBG).

Art. 4 Kompetenzdelegation (§§ 22 Abs. 3 und 23 Abs. 3 StrG)

¹ Bewilligungen für den gesteigerten Gemeindegebrauch der Gemeindestrassen und der öffentlichen Güterstrassen, insbesondere für Veranstaltungen, das vorübergehende Aufstellen von Verkaufs- und Informationsständen, vorübergehende Lagerplätze und Bauplatzinstallationen, werden durch das ressortzuständige Gemeinderatsmitglied erteilt.

² Konzessionen für die Sondernutzung der Gemeindestrassen und der öffentlichen Güterstrassen durch Werkleitungen, Baugrubenumschliessungen, Schlitzwände, Erdanker und ähnliche Anlagen werden durch das ressortzuständige Gemeinderatsmitglied erteilt.

II. Strassenkategorien und Klasseneinteilung

Art. 5 Strassenkategorien (§§ 4 und 10 StrG)

¹ In der Gemeinde Ermensee bestehen folgende Strassenkategorien:

- a. Kantonsstrassen,
- b. Gemeindestrassen,
- c. Güterstrassen,
- d. Privatstrassen.

² Diese Strassenkategorien sind in den §§ 6 ff. StrG umschrieben.

³ Zuständig für die Einreihung der Strassen in die Kategorien der Gemeinde-, der Güter- und der Privatstrassen ist der Gemeinderat.

⁴ Der Beschluss über die Einreihung der Güterstrassen bedarf der Genehmigung durch den Regierungsrat.

Art. 6 Gemeindestrassen (§ 7 Abs. 2 StrG)

¹ Die Gemeindestrassen werden in drei Klassen eingeteilt.

² Diese Klassen sind in § 1a der Strassenverordnung (StrV) vom 19. Januar 1996 umschrieben.

Art. 7 Güterstrassen (§ 8 Abs. 2 StrG)

¹ Die Güterstrassen werden in drei Klassen eingeteilt.

² Diese Klassen sind in § 2 StrV umschrieben.

III. Bau und Unterhalt

Art. 8 Begriffe (§§ 34 und 79 StrG)

¹ Als Strassenbau gelten Neubau und Änderung von Strassen.

² Der Strassenunterhalt besteht aus dem betrieblichen und baulichen Unterhalt sowie der Erneuerung der Strasse.

³ Der betriebliche Unterhalt umfasst die Massnahmen zur Gewährleistung der dauernden Betriebsbereitschaft der Strasse, wie Reinigungs-, Kontroll-, Pflegearbeiten, Winterdienst, Beleuchtung und kleiner Reparaturen zur Erhaltung der Funktionstüchtigkeit.

⁴ Der bauliche Unterhalt besteht aus den periodisch wiederkehrenden, umfassenden Massnahmen zur Gewährleistung des ursprünglichen und des erforderlichen Strassenzustands. Dazu gehören insbesondere grössere zusammenhängende Reparaturen sowie Massnahmen, um die Tragfähigkeit der Strasse zu erhalten, die Entwässerungsleitungen instandzustellen und die Kunstbauten zu verstärken.

⁵ Die Erneuerung umfasst den Ersatz von Strassenabschnitten oder Strassenbestandteilen, sofern durch den baulichen Unterhalt der erforderliche Strassenzustand insgesamt oder in wesentlichen Teilen nicht erreicht werden kann. Umfang, Erscheinung und Bestimmung der Strasse oder einzelner Strassenabschnitte dürfen dabei nicht verändert werden.

Art. 9 Regeln der Strassenbautechnik (§ 11 StrV)

¹ Beim Bau und Unterhalt der Strassen sind die anerkannten Regeln der Strassenbautechnik zu beachten.

² Von den Regeln, insbesondere den Normen der Vereinigung Schweizerischer Strassenfachleute (VSS), kann im Sinne einfacherer und kostengünstiger Standards abgewichen werden, wenn die Verhältnisse es zulassen.

Art. 10 Ausbaustandard

Der Ausbaustandard richtet sich nach der Funktion und Verkehrsbedeutung der Strasse, den technischen und betrieblichen Anforderungen und den Erfordernissen der Verkehrssicherheit. Zu berücksichtigen sind auch der häushälterische Umgang mit dem Boden, die Eingliederung der Strasse in das Landschafts- und Ortsbild sowie die wirtschaftliche Verwendung der finanziellen Mittel.

Art. 11 Beleuchtung

Wo die Verhältnisse, insbesondere die Verkehrssicherheit und der Schutz der Fussgänger es erfordern, sind die Strassen ausreichend zu beleuchten.

Art. 12 Werkleitungen und Schächte

Die Werkleitungen und Schächte sind so anzuordnen, dass beim Bau und Unterhalt der Strasse sowie der Werkleitungen und Schächte möglichst geringe Folgekosten entstehen.

Art. 13 Verkehrsberuhigungsmassnahmen

¹ Mit baulichen Verkehrsberuhigungsmassnahmen soll der Verkehrsablauf auf seine Umgebung abgestimmt und damit zur Verbesserung der Sicherheit und der Wohnqualität beigetragen werden.

² Die Massnahmen sollen bewirken, dass

- a. in den Wohnquartieren der Durchgangsverkehr vermieden wird
- b. die negativen Auswirkungen des Anliegerverkehrs reduziert werden
- c. der Strassenraum vermehrt auf das Ortsbild und die Bedürfnisse der Anwohner ausgerichtet wird.

Art. 14 Reihenfolge und Umfang der Unterhaltsmassnahmen (§§ 78 ff. StrG)

¹ Das ressortzuständige Gemeinderatsmitglied bestimmt die Reihenfolge und den Umfang der Unterhaltsmassnahmen, insbesondere der Massnahmen für den Winterdienst, auf den Gemeindestrassen, den von der Gemeinde erstellten Güterstrassen und den Kantonsstrassen, soweit die Gemeinde nach § 80 Absatz 1a StrG dafür zuständig ist. Massgebend sind die Funktion und Verkehrsbedeutung der Strasse, die Verkehrssicherheit und die finanziellen Möglichkeiten.

² Das ressortzuständige Gemeinderatsmitglied kann den Winterdienst einschränken oder ganz darauf verzichten, wenn die Funktion und Verkehrsbedeutung der Strasse sowie die Anforderungen der Verkehrssicherheit dies zulassen.

³ Die Verwendung von Auftaumitteln im Winterdienst ist in Routenverzeichnissen nach § 36 Absatz 2 der Umweltschutzverordnung festzulegen. Es besteht kein Anspruch auf Schwarzeräumung der Strassen.

Art. 15 Übertragung von Aufgaben an die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke (§ 80 Abs. 3 StrG)

Das ressortzuständige Gemeinderatsmitglied kann die Eigentümer der innerorts an die Gemeinde- und die Kantonsstrassen angrenzenden Grundstücke verpflichten, Trottoirs und Gehwege zu reinigen und vom Schnee zu räumen.

IV. Finanzierung und Beiträge

Art. 16 Grundeigentümerbeiträge an die Kosten für den Bau, den baulichen Unterhalt, die Erneuerung und den betrieblichen Unterhalt von Gemeindestrassen (§ 51 Abs. 2 StrG)

Die Gemeinde trägt sämtliche Kosten und erhebt von den interessierten Grundeigentümern keine Beiträge. Dies gilt für alle Klassen von Gemeindestrassen.

Art. 17 Grundeigentümerbeiträge an die Kosten für den Bau, den baulichen Unterhalt, die Erneuerung und den betrieblichen Unterhalt von Güterstrassen (§§ 57 Abs. 2 und 82 Abs. 4 StrG)

¹ Die Gemeinde leistet folgende Beiträge:

Klasse	Bau, baulicher Unterhalt und Erneuerung		Betrieblicher Unterhalt	
	Interessierte Grundeigentümer	Gemeinde	Interessierte Grundeigentümer	Gemeinde
Güterstrasse 1	60 %	Rest, abzüglich Rückvergütungen vom Kanton	60 %	Rest, abzüglich Rückvergütungen vom Kanton
Güterstrasse 2	60 %	Rest, abzüglich Rückvergütungen vom Kanton	60 %	Rest, abzüglich Rückvergütungen vom Kanton
Güterstrasse 3	60 %	Rest, abzüglich Rückvergütungen vom Kanton	60 % Fussnote Schneeräumung zu lasten Gemeinde	Rest, abzüglich Rückvergütungen vom Kanton

² Gemeindebeiträge werden nur auf Gesuch hin ausgerichtet. Das Gesuch ist dem Gemeinderat bis Ende Juni des Jahres einzureichen, das dem Jahr der vorgesehenen Ausführung der Arbeiten vorangeht. Der Anspruch auf Gemeindebeiträge besteht nur, wenn die Bewilligungsinstanz die öffentlichen Beiträge im Rahmen der Projektgenehmigung zugesichert hat.

³ Die Gemeinde berücksichtigt bei der Beitragsfestsetzung die Leistungen von Bund und Kanton an die Strassengenossenschaft, die bisherigen Leistungen der Gemeinde an die Strassengenossenschaft und die finanzielle Belastung der einzelnen Grundeigentümer.

⁴ Die Beiträge werden gestützt auf eine Bauabrechnung, respektive die Jahresrechnung ausbezahlt. Die Bauabrechnung ist spätestens zwei Monate nach Bauabnahme einzureichen. Die Jahresrechnung ist bis Ende Juni des Jahres einzureichen, das der Ausführung der Arbeiten nachfolgt.

Art. 18 Herabsetzung oder Erlass der Grundeigentümerbeiträge an die Kosten für den Bau von Güterstrassen (§ 57 Abs. 5 StrG)

Die Gemeinde kann die auf die einzelnen Grundeigentümer entfallenden Beiträge an die Kosten für den Bau von Güterstrassen herabsetzen oder erlassen, wenn der einzelne Grundeigentümer durch die Beitragsleistung übermässig stark belastet würde.

Art. 19 Gemeindebeiträge an die Kosten für den Bau, den baulichen Unterhalt, die Erneuerung und den betrieblichen Unterhalt von Privatstrassen (§§ 61 Abs. 2 und 82 Abs. 5 StrG)

Die Gemeinde leistet folgende Beiträge:

Klasse	Bau, baulicher Unterhalt und Erneuerung		Betrieblicher Unterhalt	
	Interessierte Grundeigentümer	Gemeinde	Reinigung Fahrbahn und Einlaufschächte, Winterdienst, Beleuchtung	Übriger betrieblicher Unterhalt
			Gemeinde	Interessierte Grundeigentümer
Privatstrasse mit öffentlichem Interesse	60 bis 100 %	0 bis 40 %	100 %	100 %
Privatstrasse ohne öffentliches Interesse	100 %	0 %	100 %	100 %

V. Gebühren für den gesteigerten Gemeingebrauch und die Sondernutzung der Gemeindestrassen und der öffentlichen Güterstrassen

Art. 20 Gebühren für den gesteigerten Gemeingebrauch (§ 25 Abs. 5 StrG)

¹ Für die vorübergehende Beanspruchung von Gemeindestrassen und von öffentlichen Güterstrassen ist eine Gebühr zu entrichten. Sie beträgt für

- | | |
|--|---|
| a. Bauinstallationen, Bauarbeiten, Baracken, Container, Zelte und dergleichen | Fr. 0.10 bis 0.40 pro m ² und Tag, |
| b. Informations- und Reklametafeln, Geschäftsauslagen, je nach Lage | Fr. 20.- bis 100.- pro m ² und Jahr, mindestens jedoch Fr. 20.-, |
| c. Kehrrechtcontainer | Fr. 100.- bis 300.- pro Container und Jahr, |
| d. Schaukästen | Fr. 400.- bis 1'400.- pro Jahr, |
| e. Trottoirwirtschaften und Boulevardrestaurants, je nach Lage | Fr. 20.- bis 80.- pro m ² und Jahr, |
| Dieser Ansatz gilt für eine Fläche bis zu insgesamt 100 m ² . Für zusätzlich genutzte m ² beträgt die Gebühr 50 Prozent und ab 300 m ² 25 Prozent des Ansatzes pro m ² und Jahr. | |
| f. Verkaufsstände, je nach Lage | Fr. 100.- bis 400.- pro m ² und Jahr, |
| g. Konzerte, Theater, Schaustellungen, Zirkusse und dergleichen | 2 - 5 Prozent der Bruttoeinnahmen nach Abzug einer allfälligen Billettsteuer, |

- h. alle übrigen Benutzungen von Gemeinde- und von öffentlichen Güterstrassen, je nach Nutzungsintensität, Nutzungsdauer und wirtschaftlichem Vorteil für den Berechtigten

Fr. 2.50 bis 10.- pro m² und Tag.

² Der Benützungsgebühr liegt der Landesindex der Konsumentenpreise beim Inkrafttreten dieses Reglements (Basis Dezember 2005 = 100 Punkte) zugrunde. Erhöht sich dieser Index um mehr als 5 Punkte, wird die Benützungsgebühr ab 1. Januar des folgenden Jahres entsprechend angepasst.

Art. 21 Gebühren für die Sondernutzung (§ 25 Abs. 5 StrG)

Für die dauernde Beanspruchung von Gemeindestrassen und von öffentlichen Güterstrassen ist eine einmalige Gebühr zu leisten. Massgebend für die Berechnung ist der Quadratmeterpreis des Verkehrswerts des an die Strasse anstossenden Grundstücks (Bezugswert). Die Gebühr beträgt

- a. in Untergeschossen pro m² beanspruchter Fläche 10 Prozent des Bezugswerts pro Geschoss,
- b. in Erdgeschossen pro m² beanspruchter Fläche 25 Prozent des Bezugswerts,
- c. in den übrigen Geschossen:
 - für Erker pro m² beanspruchter Fläche 12 Prozent des Bezugswerts pro Geschoss, für alle übrigen Bauteile und baulichen Anlagen pro m² beanspruchter Fläche 4 Prozent des Bezugswerts pro Geschoss,
- d. für Spundwände, Baugrubenumfassungen, Pfähle, Anker, Mauern, Leitungen und dergleichen unter Niveau pro m² beanspruchter Fläche 10 Prozent des Bezugswerts, insgesamt jedoch höchstens 25 Prozent des Bezugswerts.

Art. 22 Verzicht und Befreiung (§ 26 Abs. 2 und 3 StrG)

¹ Im Einzelfall kann die Gebühr erlassen oder herabgesetzt werden, wenn

- a. Nutzungsintensität und -dauer gering sind, oder
- b. dem Berechtigten nur ein unbedeutender wirtschaftlicher Vorteil erwächst, oder
- c. dadurch ein gemeinnütziger Zweck gefördert wird, oder
- d. ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Beanspruchung des öffentlichen Grundes besteht.

² Für Vordächer, Dachvorsprünge und Isolationen gegen Wärmeverlust werden keine Gebühren erhoben.

VI. Strassenpolizeiliche Vorschriften

Art. 23 Abstände von neuen Bauten und Anlagen (§ 84 Abs. 5 StrG)

¹ Wo kein Nutzungsplan besteht, haben neue oberirdische Bauten und Anlagen folgende Mindestabstände einzuhalten:

- a. zu Gemeindestrassen 5 m,
- b. zu Güterstrassen und Privatstrassen 4 m.

² Der Gemeinderat bewilligt Ausnahmen von diesen Abständen, sofern die Voraussetzungen nach § 88 Absatz 3 StrG erfüllt sind.

Art. 24 Bauten und Anlagen zwischen Baulinie und Strassengrenze (§ 84 Abs. 5 StrG)

Sofern weder die Verkehrssicherheit noch andere überwiegende öffentliche Interessen beeinträchtigt werden, kann der Gemeinderat zwischen Baulinie und Strassengrenze folgende Bauten und Anlagen bewilligen:

- a. Unterniveaubauten, die das gewachsene Terrain um höchstens 1 m überragen
- b. Überdachungen, Gartensitzplätze, Veloplätze
- c. Containerplätze
- d. Balkone
- e. Wege, Mauern, Treppen, Lärmschutzbauten und -anlagen
- f. Parkplätze, Garagenvorplätze, Zufahrten
- g. Stützmauern und Böschungen
- h. öffentliche Einrichtungen gemäss § 32 PBG.

Art. 25 Abstände von Einfriedungen und Mauern

¹ Die Abstände von Einfriedungen und Mauern richten sich nach § 87 StrG.

² Der Gemeinderat kann diese Abstände in der Baubewilligung erhöhen, soweit dies zur Eingliederung in die bauliche und landschaftliche Umgebung und zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes erforderlich ist.

Art. 26 Lichtraumprofil (§ 91 StrG und § 12 StrV)

¹ Das Lichtraumprofil begrenzt den freien Raum, der zur sicheren und vollen Ausnützung der Verkehrsfläche notwendig ist. Es wird bestimmt durch die lichte Höhe und die lichte Breite. Die Bemessung des Lichtraumprofils richtet sich im Einzelfall nach den Normen der Vereinigung Schweizer Strassenfachleute (VSS).

² Bei Gemeinde- und Güterstrassen hat das Lichtraumprofil in der Regel folgende Abmessungen:

- a. Breite: beidseitig 0.50 m ab dem Belagsrand
- b. Höhe: 4.30 m ab der Belagsoberfläche

³ Das ressortzuständige Gemeinderatsmitglied kann im Einzelfall Ausnahmen von diesen Abmessungen gestatten, wenn die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt wird.

Art. 27 Rückschnitt von Pflanzen (§ 86 Abs. 7 StrG)

¹ Das ressortzuständige Gemeinderatsmitglied kann das Zurückschneiden der Pflanzen anordnen, welche die Strassenabstände nach § 86 StrG nicht einhalten, die Sichtverhältnisse nach § 90 StrG beeinträchtigen oder in das Lichtraumprofil nach § 91 StrG hineinragen.

² Der Grundeigentümer ist zum rechtzeitigen Zurückschneiden der Pflanzen verpflichtet. Unterlässt er diese Arbeit, ist sie auf seine Kosten vom ressortzuständige Gemeinderatsmitglied zu veranlassen.

Art. 28 Verschmutzung und Beschädigung der Strassen (§ 30 StrG)

¹ Beschädigungen und Verunreinigungen der Strassen sind zu vermeiden.

² Werden Strassen über das übliche Mass hinaus verschmutzt, hat sie der Verursacher sofort zu reinigen. Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, kann die Gemeindeverwaltung (das ressortzuständige Gemeinderatsmitglied) die Verunreinigung auf Kosten des Verursachers beseitigen lassen.

³ Werden Strassen beschädigt oder durch aussergewöhnlich starken Gebrauch übermässig abgenutzt, hat der Verursacher die Kosten der Instandstellung zu übernehmen. Der Verursacher hat auch den Ersatz zu leisten, wenn auf die sofortige Behebung des Schadens ganz oder teilweise verzichtet wird.

VII. Schluss- und Übergangsbestimmungen

Art. 29 Ausnahmen

¹ Der Gemeinderat kann im Einzelfall aus wichtigen Gründen unter Abwägung der öffentlichen und privaten Interessen Ausnahmen von den Vorschriften dieses Reglements gestatten.

² Ausnahmen können mit Bedingungen oder Auflagen verbunden werden, befristet sein oder als widerrufbar erklärt werden.

Art. 30 Hängige Verfahren

Die beim Inkrafttreten dieses Reglements vor dem Gemeinderat hängigen Verfahren sind nach dem neuen Recht zu entscheiden.

Art. 31 Inkrafttreten

Das vorliegende Reglement tritt mit der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

Ermensee, 1. Dezember 2010

Der Gemeinderat Ermensee

Der Gemeindepräsident: Der Gemeindeschreiber:

Ch. Kuhn

J. Heim

Dieses Reglement wurde von der Gemeindeversammlung vom beschlossen. Es wurde vom Regierungsrat mit Entscheid Nr. ... vom genehmigt.

4. Genehmigung des Reglements der Wasserversorgung der Gemeinde Ermensee

Im Jahr 2003 hat der kantonale Gesetzgeber mit dem neuen Wassernutzungs- und Wasserversorgungsgesetz bzw. der gleichnamigen Verordnung die kantonalen Gesetzesgrundlagen für Wasserversorgungen neu geregelt. Das bisherige Reglement der Wasserversorgung der Gemeinde Ermensee stammt aus dem Jahre 1992 und ist teilweise veraltet. Mit dem neuen Reglement werden die Anpassungen an die neue Gesetzgebung vollzogen und die bestandenenden Gesetzeslücken, wie z.B. für Sprinkleranlagen, geschlossen.

Das neue Reglement – nachfolgend im Wortlaut gedruckt - wurde von der Kommission der Wasserversorgung in enger Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat verfasst. Kommission und Gemeinderat empfehlen Ihnen, dem neuen Reglement zuzustimmen.

Antrag des Gemeinderates

Das Reglement der Wasserversorgung der Gemeinde Ermensee sei zu genehmigen.



Reglement der Wasserversorgung der Gemeinde Ermensee (RWE)

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Bestimmungen

- Art. 1 Zweck und Inhalt
- Art. 2 Geltungsbereich
- Art. 3 Zuständigkeit

II. Planung der Wasserversorgung

- Art. 4 Wasserversorgungsplanung
- Art. 5 Grundwasserschutzzonen
- Art. 6 Trinkwasserversorgung in Notlagen

III. Versorgungsaufgabe

- Art. 7 Versorgungspflicht
- Art. 8 Versorgungsumfang

IV. Verhältnis der Wasserversorgerin zu den Wasserbezügern

- Art. 9 Rechtsnatur
- Art. 10 Bewilligungspflicht
- Art. 11 Haftung
- Art. 12 Handänderung
- Art. 13 Ende des Wasserbezugs

V. Wasserversorgungsanlagen

a. Grundsätze

- Art. 14 Anlagen zur Wasserversorgung
- Art. 15 Öffentliche Anlagen
- Art. 16 Private Anlagen

b. Öffentliche Anlagen

1. Öffentliche Leitungen und Sonderbauwerke

- Art. 17 Erstellung, Unterhalt und Erneuerung

2. Hydrantenanlagen und -löschschutz

- Art. 18 Erstellung und Kosten

3. Wasserzähler

- Art. 19 Installation, Unterhalt und Ersatz
- Art. 20 Standort, Änderungen
- Art. 21 Revision, Störungen

c. Private Anlagen

1. Grundsätze

Art. 22 Erstellung, Unterhalt und Erneuerung

Art. 23 Informations-, Betretungs- und Kontrollrecht

2. Hausanschlussleitungen

Art. 24 Technische Bestimmungen

3. Hausinstallationen

Art. 25 Sorgfaltspflichten der Wasserbezüger

VI. Finanzierung

1. Grundsätze

Art. 26 Finanzierung der Anlagen

2. Einmalige Gebühren

Art. 27 Anschlussgebühr

Art. 28 Beiträge

Art. 29 Verwaltungsgebühren

3. Jährliche Gebühren

Art. 30 Grund- und Verbrauchsgebühr

4. Gebührenerhebung

Art. 31 Rechnungsstellung

Art. 32 Zahlungspflicht und Fälligkeit

VII. Rechtsschutz, Widerhandlungen und Hinweise

Art. 33 Rechtsmittel

Art. 34 Widerhandlungen

Art. 35 Hinweise

VIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 36 Übergangsbestimmung

Art. 37 Aufhebung des bisherigen Reglements

Art. 38 Inkrafttreten

Reglement der Wasserversorgung Ermensee

vom 1. Dezember 2010

Die Einwohnergemeinde Ermensee erlässt gestützt auf § 39 des Wassernutzungs- und Wasserversorgungsgesetzes (WNVG) vom 20. Januar 2003 folgendes Reglement:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck und Inhalt

¹ Dieses Reglement regelt die Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung in der Gemeinde Ermensee.

² Es enthält Bestimmungen über die Planung der Wasserversorgung, die Versorgungsaufgabe, das Verhältnis der Wasserversorgerin zu den Wasserbezügern, die Wasserverteilung, die Finanzierung sowie über den Rechtsschutz und Widerhandlungen.

Art. 2 Geltungsbereich

¹ Das Reglement gilt für alle Wasserbezüger im Versorgungsbereich der öffentlichen Wasserversorgung.

² Als Wasserbezüger gelten die Eigentümer und Baurechtsnehmer der angeschlossenen Bauten und Anlagen.

Art. 3 Zuständigkeit

¹ Die Gemeinde Ermensee plant und betreibt die Wasserversorgung. Sie projiziert, erstellt und unterhält die erforderlichen Versorgungsanlagen.

² Der Gemeinderat wählt eine Betriebskommission und den Wassermeister. Deren Aufgaben und Kompetenzen sind im Pflichtenheft geregelt.

³ Der Gemeinderat übt die Aufsicht über die öffentliche Wasserversorgung aus.

⁴ Die Betriebskommission kann Ausführungsvorschriften für bauliche Massnahme erlassen.

II. Planung der Wasserversorgung

Art. 4 Planung der Wasserversorgung

¹ Die Wasserversorgerin erstellt und überarbeitet periodisch die Planung der Wasserversorgung.

² Diese Planung enthält insbesondere ein Konzept für ein Qualitätssicherungssystem, eine Bestandesaufnahme mit Wasserbilanz und eine Massnahmenplanung.

³ Die Planung der Wasserversorgung ist mit der Erschliessungsrichtplanung nach § 40 des Planungs- und Baugesetzes abzustimmen.

⁴ Im Übrigen richtet sich die Planung der Wasserversorgung nach § 36 WNVG.

Art. 5 Grundwasserschutzzonen

¹ Die Wasserversorgerin lässt zum Schutz ihrer Trinkwasserfassungen die erforderlichen Grundwasserschutzzonen ausscheiden.

² Die Grundwasserschutzzonen sind im kommunalen Zonenplan einzutragen.

Art. 6 Trinkwasserversorgung in Notlagen

Die Wasserversorgerin sorgt für die Trinkwasserversorgung in Notlagen im Sinn der Gesetzgebung über die Landesversorgung.

III. Versorgungsaufgabe

Art. 7 Versorgungspflicht

¹ Die Wasserversorgerin gibt grundsätzlich dauernd Trink-, Brauch- und Löschwasser unter genügendem Druck, in ausreichender Menge und in einwandfreier Qualität ab. Beeinträchtigungen in der Versorgung werden rechtzeitig angekündigt; sie vermitteln keinen Anspruch auf Ermässigung der Gebühren.

² Die Wasserversorgerin gewährleistet einen Betriebsdruck, der so hoch ist, dass

- a. das gesamte Versorgungsgebiet für den häuslichen Gebrauch bedient werden kann und
- b. der Brandschutz durch Hydrantenanlagen nach den Bedingungen der kantonalen Gebäudeversicherung gewährleistet ist.

³ Von der Versorgung kann abgesehen werden, wenn die Abgabe grösserer Mengen Wasser Mehrkosten verursacht, welche der jeweilige Wasserbezüger nicht übernimmt.

⁴ Die Wasserversorgung kann in ausserordentlichen Fällen, namentlich bei Wasserknappheit oder aus technischen Gründen, vorübergehend ganz oder teilweise eingeschränkt werden.

⁵ Die Wasserversorgerin ist nicht verpflichtet, besonderen Komfortanforderungen (z.B. Härte, Salzgehalt) oder technischen Bedingungen (Prozesswasser) Rechnung zu tragen.

Art. 8 Versorgungsumfang

¹ Die Wasserversorgung ist innerhalb der Bauzonen im Sinn des aktuellen Bundesgesetzes über die Raumplanung zu erfüllen.

² Ausserhalb der Bauzonen ist die Wasserversorgerin nicht zur Wasserabgabe verpflichtet. Sofern dies mit verhältnismässigem Aufwand möglich ist, fördert sie jedoch die Versorgung von

- a. geschlossenen Siedlungsgebieten ausserhalb der Bauzonen;
- b. bestehenden Bauten und Anlagen mit einer qualitativ oder quantitativ ungenügenden Eigenversorgung;
- c. neuen, standortgebundenen Bauten und Anlagen, wenn ein öffentliches Interesse besteht.

IV. Verhältnis der Wasserversorgerin zu den Wasserbezügern

Art. 9 Rechtsnatur

Das Verhältnis der Wasserversorgerin zu den Wasserbezügern ist öffentlich-rechtlicher Natur.

Art. 10 Bewilligungspflicht

¹ Eine Bewilligung der Wasserversorgerin ist erforderlich für

- a. den Neuanschluss einer Baute oder Anlage an die Wasserversorgung;
- b. Um-, An- oder Aufbauten;
- c. die Errichtung von Schwimmbassins ab 20 m³;
- d. die Einrichtung von Sprinkleranlagen;
- e. die Erweiterung von sanitären Anlagen;
- f. die Einrichtung einer Regenwassernutzungsanlage.

² Die Gesuche sind der Wasserversorgerin im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens mit allen erforderlichen Unterlagen einzureichen.

³ Die Wasserversorgerin kann die Bewilligung mit Bedingungen und Auflagen versehen.

⁴ Eine Bewilligung der Betriebskommission ist erforderlich für:

- a. den Bezug von Bauwasser;
- b. vorübergehende Wasserentnahmen aus Hydranten;
- c. die Wasserabgabe oder -ableitung an Dritte (ausgenommen im Rahmen von Miet- und Pachtverhältnissen)

Art. 11 Haftung

¹ Der Wasserbezüger haftet gegenüber der Wasserversorgerin für alle Schäden, die er durch unsachgemässe Handhabung der Einrichtungen, mangelnde Sorgfalt und Kontrolle sowie durch ungenügenden Unterhalt der Wasserversorgung zufügt. Er hat auch für Mieter, Pächter und anderer Personen einzustehen, die mit seinem Einverständnis solche Anlagen benützen.

² Die Wasserversorgerin haftet nicht für direkte oder indirekte Schäden, welche den Wasserbezügern durch Unterbrechungen, Einschränkungen oder Druckschwankungen in der Wasserlieferung erwachsen.

Art. 12 Handänderung

Die bisherigen Wasserbezüger haben der Wasserversorgerin jede Handänderung innert 10 Tagen schriftlich zu melden.

Art. 13 Ende des Wasserbezugs

¹ Wer für die eigene Baute oder Anlage kein Trinkwasser mehr benötigt, hat dies der Wasserversorgerin unter Angabe der Gründe schriftlich mitzuteilen.

² Die Gebührenpflicht für das Trinkwasser dauert mindestens bis zur Abtrennung des Anschlusses durch die Wasserversorgerin, auch wenn kein Wasser mehr bezogen wird.

³ Die Kosten für die Abtrennung der Hausanschlüsse sind von den bisherigen Wasserbezügern zu tragen.

V. Wasserversorgungsanlagen

a. Grundsätze

Art. 14 Anlagen zur Wasserversorgung

¹ Der Wasserversorgung dienen öffentliche und private Anlagen.

² Die Grundeigentümer sind verpflichtet, Durchleitungsrechte für die Wasserleitung unentgeltlich zu gewähren.

Art. 15 Öffentliche Anlagen

¹ Die öffentlichen Anlagen umfassen namentlich die Fassungsanlagen, die Pumpwerke, die Reservoirs, die öffentlichen Leitungen (inkl. Trennschieber), die Wasserzähler und die Hydrantenanlagen.

² Die öffentlichen Leitungen umfassen die Transport- und Verteilleitungen. Im Zweifelsfalle gelten Leitungen als öffentlich, die in ihrer Lage und Bemessung dem Hydrantenlöschschutz dienen.

Art. 16 Private Anlagen

¹ Die privaten Anlagen umfassen die Absperrschieber, Hausanschlussleitungen und die Hausinstallationen.

² Hausanschlussleitungen verbinden mit den Absperrschiebern die öffentlichen Leitungen mit den Hausinstallationen. Die Betriebskommission bestimmt die Lage der Absperrschieber.

³ Hausinstallationen sind alle Leitungen und Einrichtungen im Gebäudeinnern nach dem Wasserzähler.

b. Öffentliche Anlagen

1. Öffentliche Leitungen und Sonderbauwerke

Art. 17 Erstellung, Unterhalt und Erneuerung

¹ Die Wasserversorgerin erstellt, unterhält und erneuert auf ihre Kosten die öffentlichen Leitungen und Sonderbauwerke.

² Die Wasserversorgerin erstellt die öffentlichen Leitungen gemäss dem kommunalen Erschliessungsrichtplan.

³ Die öffentlichen Leitungen sind so nahe an die erschlossenen Grundstücke heranzuführen, dass der Hydrantenlöschschutz gemäss den Vorschriften der kantonalen Gebäudeversicherung gewährleistet ist.

2. Hydrantenanlagen und -löschschutz

Art. 18 Erstellung und Kosten

¹ Die Wasserversorgerin erstellt, unterhält und erneuert auf ihre Kosten alle Hydranten auf den öffentlichen Leitungen. Vorbehalten bleibt § 97 des Gesetzes über den Feuerschutz vom 5. November 1957.

² Die Wasserversorgerin kann Mehrkosten gegenüber dem konformen Hydrantenlöscheschutz (z.B. Mehrdimensionierung der Leitungen für Sprinkleranlagen, grössere Löschreserven oder zusätzliche Hydranten) den Verursachenden belasten. Dasselbe gilt für die Erneuerungskosten (siehe Gebührenreglement).

³ Im Brandfall und für Übungszwecke stehen der Feuerwehr alle dem Löscheschutz dienenden öffentlichen Wasserversorgungsanlagen unentgeltlich zur Verfügung.

3. Wasserzähler

Art. 19 Installation, Unterhalt und Ersatz

¹ Die Abgabe und Verrechnung des Wassers erfolgt nach dem Verbrauch, der durch einen Wasserzähler festgestellt wird. Die Wasserzähler werden auf Kosten der Wasserversorgerin geliefert, unterhalten und ersetzt.

² Wünscht der Bezüger weitere Wasserzähler für den Eigenbedarf oder für die Messung für nichtabwasserrelevantes Wasser, das nicht in die Schmutzwasserkanalisation eingeleitet wird (Ställe, Gärtnereien) oder dessen Verwendung Abwasser erzeugt, das besonders behandelt werden muss, so hat er die Kosten für die Anschaffung, Einbau, Unterhalt und Ablesung selber zu tragen. Die technischen Vorschriften sind einzuhalten.

Art. 20 Standort, Änderungen

¹ Die Wasserversorgerin bestimmt den Standort des Wasserzählers unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wasserbezüger. Der Platz für den Einbau ist unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

² Der Wasserzähler muss jederzeit leicht zugänglich sein.

³ Änderungen am Wasserzähler dürfen nur die Organe der Wasserversorgerin vornehmen oder vornehmen lassen.

Art. 21 Revision, Störungen

¹ Die Wasserversorgerin revidiert die Wasserzähler periodisch auf ihre Kosten. Störungen sind der Wasserversorgerin sofort zu melden.

² Die Wasserbezüger können jederzeit eine Prüfung ihres Wasserzählers verlangen. Zeigt die Nacheichung, dass die Messungenauigkeit innerhalb der zulässigen Toleranz von +/- 5 Prozent bei 10 Prozent Nennbelastung liegt, so trägt der Wasserbezüger die daraus entstandenen Kosten. Im anderen Fall übernimmt die Wasserversorgerin die Prüf- und allfällige Reparaturkosten.

³ Bei fehlerhafter Zählerangabe wird für die Festsetzung des Verbrauchs der Normalverbrauch der Vorjahre berücksichtigt.

c. Private Anlagen

1. Grundsätze

Art. 22 Erstellung, Unterhalt und Erneuerung

¹ Die Wasserbezüger tragen die Kosten für die Erstellung, den Unterhalt und die Erneuerung der privaten Anlagen.

² Hausanschlussleitungen, Wasserzähler und Hausinstallationen dürfen nur durch Inhaber eines eidgenössischen oder gleichwertigen Diploms im Sanitärbereich erstellt, unterhalten und erneuert werden.

Art. 23 Informations-, Betretungs- und Kontrollrecht

Die Organe der Wasserversorgerin sind nach Vorankündigung befugt, alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Angaben und Unterlagen zu verlangen, Grundstücke zu betreten und die Bauten, Anlagen und Einrichtungen zu kontrollieren.

2. Hausanschlussleitungen

Art. 24 Technische Bestimmungen

¹ In der Regel ist pro Gebäude nur eine Hausanschlussleitung zu erstellen. Wo dies zweckmässig ist, kann die Wasserversorgerin für mehrere Bauten oder Anlagen eine gemeinsame Hausanschlussleitung anordnen. Für Überbauungen grösserer Ausdehnung können in besonderen Fällen weitere Anschlussleitungen zugestanden werden.

² Am Anschlusspunkt an die öffentliche Leitung baut die Wasserversorgerin einen Absperrschieber auf Kosten des Wasserbezügers ein.

³ Vor dem Eindecken sind die Hausanschlussleitungen einer Druckprobe zu unterziehen und auf Kosten der Wasserbezüger mit einem Ortungsband zu kennzeichnen.

3. Hausinstallationen

Art. 25 Sorgfaltspflichten der Wasserbezüger

Die Wasserbezüger sind für ein dauerndes und einwandfreies Funktionieren ihrer Hausinstallationen verantwortlich.

VI. Finanzierung

1. Grundsätze

Art. 26 Finanzierung der Anlagen

¹ Die öffentliche Wasserversorgung wird finanziell selbsttragend betrieben.

² Sämtliche Kosten für die Erstellung, den Betrieb, den Unterhalt, die Erneuerung, den Werterhalt, die Verzinsung und die Abschreibung sowie Wiederbeschaffung der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen werden gedeckt durch:

- a. einmalige und jährliche Gebühren der Wasserbezüger (Art. 28 und 31);
- b. Baubeiträge der Grundeigentümer und Baurechtsnehmer (Art. 29);
- c. allfällige Beiträge der öffentlichen Hand;
- d. Abgeltung betriebsfremder Leistungen (Art. 26 Abs. 4).

³ Die Wasserversorgerin hat die Kompetenz, die Gebühren bei besonderen Verhältnissen angemessen zu erhöhen oder herabzusetzen. Mit Gross- und Spitzenwasserbezüger, bei denen die Anwendung des Wassertarifs zu einem offensichtlichen Missverhältnis zur Kostendeckung führt, wird ein Wasserlieferungsvertrag auf der Grundlage von kostendeckenden Leistungs- und Arbeitspreisen abgeschlossen.

⁴ Für betriebsfremde Leistungen der Wasserversorgung, wie Brunnenanlagen, Strassenspülungen usw., kann die Wasserversorgerin eine angemessene Abgeltung verlangen.

⁵ Die Wasserversorgerin legt die Höhe der Gebühren in einer separaten Gebührenverordnung fest und veröffentlicht diese.

2. Einmalige Gebühren

Art. 27 Anschlussgebühr

Die Wasserbezüger haben für jeden Anschluss eine Anschlussgebühr zu bezahlen. Damit werden die Kosten für die Erstellung und Erweiterung der öffentlichen Anlagen gedeckt.

Art. 28 Beiträge

Die Wasserversorgerin kann von den interessierten Grundeigentümern zusätzlich zu den Anschlussgebühren Beiträge im Sinne des Planungs- und Baugesetzes nach dem Perimeterverfahren gemäss Perimeterverordnung erheben.

Art. 29 Verwaltungsgebühren

Für die behördlichen Aufwendungen in Anwendung dieses Reglements (Prüfung des Anschlussgesuchs, Beizug von Fachleuten, Erteilung der Anschlussbewilligung, Kontrolle und Abnahme der Anlagen, administrative Arbeiten etc.) gilt die Verordnung über den Gebührenbezug der Gemeindebehörden.

3. Jährliche Gebühren

Art. 30 Grund- und Verbrauchsgebühr

¹ Zur Deckung der jährlichen Kosten der Wasserversorgerin haben die Wasserbezüger eine Grundgebühr und eine Verbrauchsgebühr zu bezahlen.

² Die Verbrauchsgebühr wird aufgrund des gemessenen Wasserverbrauchs festgelegt. Wenn keine oder ungenügende Angaben über den Trinkwasserverbrauch erhältlich sind, erfolgt die Ermittlung aufgrund von Erfahrungswerten.

4. Gebührenerhebung

Art. 31 Rechnungsstellung

Die Zählerablesung und die darauf basierende Rechnungsstellung erfolgen in der Regel jährlich.

Art. 32 Zahlungspflicht und Fälligkeit

¹ Zahlungspflichtig für die Gebühren und Beiträge ist der Wasserbezüger.

² Die Pflicht zur Zahlung der Anschlussgebühr entsteht mit der Realisierung des Hausanschlusses oder der wertvermehrenden Um- oder Anbauten. Die Wasserversorgerin hat das Recht, Vorschüsse oder eine Sicherstellung der Anschlussgebühr zu verlangen.

³ Wird ein Gebäude nicht angeschlossen, wird ein Grundbeitrag für den Feuerschutz erhoben.

⁴ Alle Gebühren sind innert 30 Tagen seit Rechnungsstellung fällig. Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird ein Verzugszins verrechnet.

VII. Rechtsschutz, Widerhandlungen und Hinweise

Art. 33 Rechtsmittel

¹ Gegen Entscheide der Wasserversorgerin betreffend Gebühren und Beiträge ist die Einsprache im Sinn des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege und gegen die Einspracheentscheide die Verwaltungsgerichtsbeschwerde zulässig.

² Im Übrigen kann gegen alle in Anwendung dieses Reglements erlassenen Entscheide Verwaltungsgerichtsbeschwerde erhoben werden.

³ Auf die Beschwerdeverfahren finden die Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege Anwendung.

Art. 34 Widerhandlungen

Verstösse gegen Bestimmungen dieses Reglements werden nach Massgabe der eidgenössischen und kantonalen Strafnormen sanktioniert.

Art. 35 Hinweise

Das gesetzliche Pfandrecht und die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands richten sich nach dem Wassernutzungs- und Wasserversorgungsgesetz.

VIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 36 Übergangsbestimmung

Vor Inkrafttreten dieses Reglements fällig gewordene, einmalige Gebühren werden nach dem bisherigen Recht erhoben. Im Übrigen gilt dieses Reglement uneingeschränkt.

Art. 37 Aufhebung des bisherigen Reglements

Mit dem Inkrafttreten dieses Reglements wird das Reglement der Wasserversorgung vom 1. Januar 1992 aufgehoben.

Art. 38 Inkrafttreten

Dieses Reglement wurde an der Gemeindeversammlung vom genehmigt und tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.

6294 Ermensee, 1. Dezember 2010

Namens des Gemeinderates

Der Gemeindepräsident: Der Gemeindeschreiber:

Ch. Kuhn

J. Heim